

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 299-2013
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2013.1493

Eingereicht am: 14.11.2013

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Imboden (Bern, Grüne) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 21.11.2013

RRB-Nr.: vom
Direktion: Volkswirtschaftsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Flankierende Massnahmen gegen Lohndumping verstärken!

Subunternehmerketten, Scheinselbstständige, Lohndumping trotz gültiger Gesamtarbeitsverträge zeigen Probleme beim Schutz der geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen auf. Letztes krasses Beispiel war am Zürcher Hauptbahnhof auf einer SBB-Baustelle zu sehen. Dort arbeiteten seit Monaten rund 30 scheinselbstständige Polen und Litauer zu Tiefstlöhnen von 5 bis 11 Euro pro Stunde.

Dabei sollten seit 2004 die flankierenden Massnahmen Erwerbstätige vor missbräuchlicher Unterschreitung der in der Schweiz geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen schützen, die im Zusammenhang mit der Einführung des freien Personenverkehrs eintreten können. Diese flankierenden Massnahmen sollen die Kontrolle der Einhaltung der minimalen oder üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen am Arbeitsort ermöglichen.

Gemeinsam mit den Sozialpartnern und den Kantonen hat das SECO Mitte November einen Musterprozess für den korrekten Ablauf einer Arbeitsmarktkontrolle, gestützt auf die FlaM, präsentiert. Dieser Musterprozess zeigt auf, welche Aktivitäten die Vollzugsorgane wann und in welcher Reihenfolge durchführen sollten. Der Musterablauf bildet die Basis für verschiedene Schulungsveranstaltungen, die 2014 in den unterschiedlichen Sprachregionen abgehalten werden.

Der Regierungsrat wird aufgefordert, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Massnahmen ergreift der Regierungsrat, um die flankierenden Massnahmen im Kanton Bern zu verstärken und einen wirksamen Schutz der schweizerischen bzw. bernischen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen?
2. Wie wird der vom seco neu erarbeitete Musterprozess für den korrekten Ablauf einer Arbeitsmarktkontrolle im Kanton Bern umgesetzt?
3. Ist der Regierungsrat bereit, im Rahmen des öffentlichen Beschaffungswesens für die Umsetzung der Solidarhaftung eine Regelung analog des Genfer Beispiels zu erarbeiten (Accord Ville de Genève – UAPG – CGAS relatif à la responsabilité solidaire¹)?
4. Wie viele Arbeitsmarktsinspektorinnen und -inspektoren hat der Kanton Bern pro 10 000 Beschäftigte?
5. Ist der Kanton Bern bereit, den von der ILO (International Labour Organisation) gesetzten Standard von einem Arbeitsinspektor bzw. einer Inspektorin pro 10 000 Beschäftigte zu erreichen?
6. Welche Schlussfolgerungen ziehen die zuständigen Berner Behörden aus den Vorkommnissen rund um den Hauptbahnhof Zürich bzw. wie lassen sich ähnliche Vorfälle im Kanton Bern durch geeignete Kontrollinstrumente verhindern?
7. Liegen jährliche Lohnstatistiken über die Berner Wirtschaft vor, welche die Entwicklung der Löhne nach Branchen im Kanton aufzeigen?

¹ <http://www.ville-geneve.ch/espace-presse/communiques-presse/detail-communiques-presse/article/1380027729-accord-entre-uapg-cgas-ville-geneve-responsabilite-solidaire/>